

ENTSCHLIESSUNG NR. 46: ARBEITNEHMERRECHTE IM IRAN

(Originalfassung auf Englisch)

Der 31. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (IÖD) In Genf vom 14. bis 18. Oktober 2023

IN ANBETRACHT FOLGENDER TATSACHEN: (Verweis auf den Bericht von Amnesty International 2022)

Vor mehr als einem Jahr führte im Iran das brutale Gemetzel an Mahsa Jina Amini, die verhaftet wurde, weil sie ihr Kopftuch nicht in der vorgeschriebenen Weise trug, zu einem beispiellosen Aufstand gegen das repressive System der Islamischen Republik;

Die iranischen Sicherheitskräfte haben seither unrechtmäßig mit scharfer Munition und Metallkugeln auf die Proteste reagiert, wobei Hunderte von Männern, Frauen und Kindern getötet und Tausende verletzt wurden;

Tausende von Menschen wurden willkürlich inhaftiert und/oder zu Unrecht verfolgt, nur weil sie friedlich ihre Menschenrechte wahrgenommen haben;

Ein Bericht unserer Gewerkschaftskollegin im Iran vom August 2023 zeigt eklatante Verstöße gegen die IAO-Übereinkommen und die Rechte der Arbeitnehmer;

Zu diesen Verletzungen gehören auch die Verstöße gegen Rechte von Arbeitnehmer:innen im öffentlichen Dienst, von Lehrer:innen und Arbeitnehmer:innen aus anderen Sektoren;

Diese Verstöße richten sich ausnahmslos gegen Arbeitsaktivitäten, Streiks, Arbeitnehmerversammlungen und die Verbreitung von Sachinformationen;

Wir haben erfahren, dass Arbeitnehmerdelegationen aus dem Iran, die IAO-Tagungen besuchen, vom iranischen Regime streng reguliert und kontrolliert werden;

BESCHLIESST den IÖD-Vorstand anzuweisen, sich im Namen des 31. Weltkongresses solidarisch zu zeigen und somit:

In schriftlichen Erklärungen an das iranische Regime deutlich machen, dass:

- die Verletzung der Menschenrechte der Zivilbevölkerung unverzüglich einzustellen ist
- es die die Rechte der Arbeitnehmer schützen sollte, insbesondere die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Tarifverhandlungen
- es aufgrund seiner Mitgliedschaft in der UNO und der IAO dazu verpflichtet ist

In einer klaren schriftlichen Erklärung an den IAO-Verwaltungsrat diesen aufzufordern:

- die Entsendung eines Ermittlungsteams in den Iran in Erwägung zu ziehen und die Situation unter dem Gesichtspunkt der Achtung und des Schutzes der Menschen- und Arbeitnehmerrechte zu untersuchen
- eine Einigung mit dem iranischen Regime über einen Fahrplan Richtung Verbesserung, einschließlich eines Zeitrahmens, zu erzielen
- die Mitgliedschaft Irans zu überprüfen, wenn nach Ablauf des Abkommens innerhalb des Zeitrahmens keine Verbesserung festgestellt wurde
- dafür zu sorgen, dass die iranischen Arbeitnehmervertreter auf den IAO-Tagungen frei und unabhängig sprechen und verhandeln können
- sich bei der Independent Iranian Workers Union zu erkundigen, ob dies tatsächlich der Fall ist und in Zukunft der Fall sein wird.

Eingereicht von: FNV